

Parkplätze als Konkurrenz zur Stadtentwicklung

Übergangsnutzung der Massener Straße 13 für Politiker ein Alarmsignal

Von Sebastian Smulka

Unna. Auf Parkplätze verzichten, um enge Lücken bebauen zu können – das ist der Gedanke hinter einer Ausnahmeregelung für Bauherren. Kritiker beobachten, dass das Gegenteil geschieht: Es wird auf eine Bebauung verzichtet, um Parkraum zu schaffen.

Über eine Verlängerung der Ausnahmeregelung war in Unna durchaus gestritten worden, doch am Ende erhielt der Verwaltungsvorschlag eine Mehrheit: Wer ein Haus in der Innenstadt baut, kann sich von der Verpflichtung, Autostellflächen bereitzustellen, ermäßigt freikaufen. Weiterhin werden pro Stellfläche 2500 Euro verlangt – statt der 9500 bis 11.500 Euro, die 2003 in der Urfassung der Satzung festgesetzt wurden. Was den bisherigen Erfolg der Satzung angeht, hatte sich die Verwaltung in ihrer Darstellung selbst kritisch geäußert. Sie merkt an, dass die Ausnahmeregelung in „einigen“ Fällen durchaus dazu beigetragen habe, dass Baulücken in der engen Innenstadt geschlossen werden konnten. Gleichzeitig räumt sie ein, dass das Instrument auch zum Einsatz gekommen ist, um die Über-



Die Baulücke an der Massener Straße 13 dient offenbar als bewirtschaftete Parkfläche. Laut Stadt ist eine solche Nutzung nicht zulässig. Sie müsste gesondert beantragt werden. Foto: Smulka

planung bestehender Gebäude ohne Parkplatzzwänge zu ermöglichen.

Als ein Beispiel dafür wird in der politischen Diskussion die Prünthe-Fläche angeführt: Dort wurde sogar eine bereits bestehende Parkplatzafläche eingezogen. Folge von Entwicklungen wie diesen ist ein zunehmender Parkplatzmangel insbesondere in der „Innenstadt-West“. Insgesamt sind in den zurückliegenden drei Jahren bei fünf Bauvorhaben in der Innenstadt 74 Stellplätze finanziell abgelöst worden.

nicht bebaut – die Nutzung der Fläche sei durch die Bauordnung geregelt, und für eine Nutzungsänderung als Parkplatz müsste ein Bauantrag gestellt werden, erklärt Stadtsprecherin Katja Sahmel. Ein solcher Antrag liege nicht vor, weshalb die Stadt Kontakt mit dem Eigentümer aufnehmen werde. Dieser räumte gegenüber unserer Redaktion ein, Stellflächen vermietet zu haben. Eine Bebauung der Fläche an der Einkaufsstraße scheint zurzeit nicht in greifbarer Nähe zu liegen.

Piraten-Ratsherr Christoph Tetzner hatte die Situation zuletzt in einem Wortbeitrag zum Satzungsbeschluss aufgegriffen und auf einen möglicherweise schwierigen Punkt hingewiesen: Von einigen Parkmöglichkeiten in der Innenstadt-West wisse er, dass die Stellflächen für 75 Euro im Monat vermietet werden. Der Mangel an Stellplätzen, den die Satzung verursacht, treibe die Preise derart in die Höhe, dass es Grundbesitzern durchaus lukrativ erscheinen möge, Baulücken lieber als Parkplatz zu vermieten. Somit bewirke die Ausnahmeregelung für die Stallplatzablöse das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigt.

Zumindest, was Letzteres angeht, gibt ihm die Stadt nun Recht. Ob bebaut oder